S 20 R 282/14

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 20 R 282/14
Datum	11.01.2018

2. Instanz

Aktenzeichen	L 3 R 14/18
Datum	24.09.2019

3. Instanz

Datum	19.10.2021

Â

Die Revision der KlÃ¤gerin gegen das Urteil des Landessozialgerichts Hamburg vom 24.Â SeptemberÂ 2019 wird zurÃ¼ckgewiesen.

Kosten des Revisionsverfahrens sind nicht zu erstatten.

Â

G r Ã¼ n d e :

I

Â

1

Streitig ist die Versicherungspflicht der KlÃ¤gerin in jeweils mehrtÃ¤gigen EinsÃ¤tzen als ambulante Pflegehelferin fÃ¼r die Beigeladene zuÂ 1. (im Folgenden

Beigeladene) in der Zeit von Juni bis Oktober 2013.

Â

2

Die Beigeladene betreibt einen zugelassenen Pflegedienst in der Rechtsform einer GmbH. Die KlÃ¤gerin ist eine staatlich anerkannte Gesundheitsâ□□ und Pflegeassistentin (GPA) mit der Zusatzqualifikation zur Absaugung, Wundversorgung und Portâ□□Versorgung von Patienten mit Tracheostoma. Sie bietet auf dem Gebiet der ambulanten Krankenpflege Leistungen als â□□Pflege mit Fachwissen und Herz, Inhaberin Bâ□□ an. Mit Bescheid vom 21.3.2013 stellte die DRV Nord fest, dass die â□□seit dem 1.11.2012 ausgeÃ¼bte selbststÃ¤ndige TÃ¤tigkeit als examinierte GPAâ□□ nach Â§Â 2 SGBÂ VI nicht zur Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) fÃ¼hre.

Â

3

Ã□ber die Firma C, die Personalvermittlung im Gesundheitswesen Ã¼ber eine Onlineâ□□Plattform betreibt, schlossen die KlÃ¤gerin und die Beigeladene fÃ¼nf von der Firma C unter deren Briefkopf erstellte schriftliche VertrÃ¤ge Ã¼ber jeweils zeitlich begrenzte PflegeeinsÃ¤tze. Danach sollte die als â□□Freiberuflerâ□□ bezeichnete KlÃ¤gerin im vereinbarten Zeitraum mindestens 12Â Stunden pro Tag als Pflegehelferin nach Absprache tÃ¤tig werden. TatsÃ¤chlich betreute sie ausschlieÃ□lich einen privat pflegeversicherten Wachkomapatienten mit Absaugbedarf im Wechsel mit zwei weiteren â□□Freiberuflernâ□□ sowie zwei BeschÃ¤ftigten der Beigeladenen rund um die Uhr in seiner Wohnung. Die Beigeladene erstellte die DienstplÃ¤ne und koordinierte die Schichten, zu deren Beginn und Ende eine mÃ¼ndliche Ã□bergabe erfolgte. Die KlÃ¤gerin hatte auÃ□erdem das von der Beigeladenen bereitgestellte Dokumentationssystem zu nutzen. Ein persÃ¶nlicher Kontakt mit der verantwortlichen Pflegekraft der Beigeladenen kam nicht zustande. Die KlÃ¤gerin verwendete eigene Arbeitsmittel (zB Handschuhe, Handdesinfektionsmittel, BlutdruckmessgerÃ¤t, SauerstoffsÃ¤ttigungsmessgerÃ¤t) und solche des Patienten oder der Pflegeversicherung. Sie trug eigene Berufsbekleidung mit ihrem Firmennamen, nutzte fÃ¼r alle Fahrten das eigene Auto und wohnte wÃ¤hrend der EinsÃ¤tze in einer von der Beigeladenen fÃ¼r diesen Zweck angemieteten und finanzierten Wohnung. Die vorgesehene VergÃ¼tung betrug einschlieÃ□lich Provision und Umsatzsteuer 25,26Â Euro pro Stunde zuzÃ¼glich bestimmter Nachtâ□□, Wochenendâ□□ und FeiertagszuschlÃ¤ge. Die entsprechenden Rechnungen erstellte die Firma C fÃ¼r die KlÃ¤gerin. Die Beigeladene Ã¼berwies den Rechnungsbetrag auf ein Konto der Vermittlungsfirma, die das Geld nach Abzug der vereinbarten Provision an die KlÃ¤gerin auskehrte. FÃ¼r die EinsÃ¤tze leistete die Beigeladene eine VergÃ¼tung von insgesamt 20Â 935,42Â Euro.

Â

4

Im Juni 2013 stellte die Beigeladene bei der Beklagten einen Antrag auf Statusfeststellung. Nach AnhÃ¶rung stellte die Beklagte gegenÃ¼ber der Beigeladenen und der KlÃ¤gerin fest, dass diese ihre TÃ¤tigkeit fÃ¼r die Beigeladene seit dem 4.6.2013 im Rahmen eines abhÃ¤ngigen BeschÃ¤ftigungsverhÃ¤ltnisses ausÃ¼be und beginnend mit diesem Datum Versicherungspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), GRV und sozialen Pflegeversicherung (sPV) sowie nach dem Recht der ArbeitsfÃ¶rderung bestehe *(Bescheide vom 9.10.2013; Widerspruchsbescheid vom 17.3.2014)*.

Â

5

Das SG hat die Verwaltungsentscheidung aufgehoben und antragsgemÃ¤Ã festgestellt, dass die TÃ¤tigkeit der KlÃ¤gerin als GPA fÃ¼r die Beigeladene vom 4.6.2013 bis zum 10.10.2013 nicht im Rahmen eines abhÃ¤ngigen BeschÃ¤ftigungsverhÃ¤ltnisses ausgeÃ¼bt worden sei und keine Versicherungspflicht bestanden habe *(Urteil vom 11.1.2018)*.

Â

6

Auf die Berufung der Beklagten hat das LSG das Urteil des SG und die Verwaltungsentscheidung geÃ¤ndert. Es hat festgestellt, dass die KlÃ¤gerin nur in den ZeitrÃ¤umen vom 4.Â bis 13.6., 23.6Â bis 5.7., 14.Â bis 21.7., 28.7.Â bis 7.8., 14.Â bis 24.8., 2.Â bis 12. undÂ 19. bisÂ 30.9. sowie 3.Â bis 10.10.2013 versicherungspflichtig gewesen sei. Im Ãbrigen hat es die Berufung der Beklagten zurÃ¼ckgewiesen. Die Verwaltungsentscheidung sei insoweit rechtswidrig, wie Versicherungspflicht fÃ¼r Zeiten auÃerhalb der EinzeleinsÃ¤tze festgestellt worden sei. WÃ¤hrend der EinzeleinsÃ¤tze habe zutreffend ein abhÃ¤ngiges BeschÃ¤ftigungsverhÃ¤ltnis vorgelegen. Eine unerlaubte ArbeitnehmerÃ¼berlassung sei nicht gegeben. Die Rechtsprechung des BSG zur regelmÃ¤Ãigen Eingliederung Ã¤rztlichen Krankenhauspersonals in die Organisationsâ und Weisungsstruktur des Krankenhauses sowie von PflegefachkrÃ¤ften in diejenige der stationÃ¤ren Pflegeeinrichtungen lasse sich auf den Fall der ambulanten Pflege Ã¼bertragen. Als zugelassener Pflegedienst unterliege die Beigeladene umfassenden regulatorischen Vorgaben, die einen maÃgeblichen Einfluss insbesondere ihrer verantwortlichen Pflegefachkraft auf die TÃ¤tigkeit aller eingesetzten KrÃ¤fte voraussetze. Die Pflege habe hier zudem ein gesteigertes MaÃ an Organisation durch die Beigeladene verlangt, weil diese aufgrund der vereinbarten Rundâumâdieâ Uhr-Betreuung mittels DienstplÃ¤nen einen Schichtbetrieb in der Wohnung des Patienten habe aufrechterhalten mÃ¼ssen. In diese Schichten habe sich die KlÃ¤gerin eingeordnet und mit den BeschÃ¤ftigten der Beigeladenen arbeitsteilig zusammengewirkt. Die VerhÃ¤ltnisse wÃ¤hrend der DurchfÃ¼hrung der EinzelauftrÃ¤ge wÃ¼rden die

ausnahmsweise Annahme einer selbststÃ¤ndigen TÃ¤tigkeit nicht rechtfertigen *(Urteil vom 24.9.2019)*.

Â

7

Mit ihrer Revision rÃ¼gt die KlÃ¤gerin im Wesentlichen eine Verletzung von Â Â§Â 7 AbsÂ 1 SGBÂ IV. Aus der Vertragsgestaltung ergebe sich der Wille der Vertragsparteien, eine selbststÃ¤ndige TÃ¤tigkeit zu vereinbaren. Die KlÃ¤gerin habe keinen Weisungsrechten der Beigeladenen unterlegen, sondern habe aufgrund ihres Fachwissens eigene Entscheidungen getroffen. Sie sei nicht in die Arbeitsorganisation der Beigeladenen eingebunden gewesen, denn die Pflegeleistung sei weit entfernt vom Sitz der Beigeladenen in der Wohnung des Patienten erbracht worden. Dieser Arbeitsort habe sich ebenso wie die konkreten TÃ¤tigkeiten aus dem Betreuungsbedarf und der Natur der Sache ergeben. Die Argumentation des LSG fÃ¼hre dazu, dass eine selbststÃ¤ndige TÃ¤tigkeit im Pflegebereich nicht mehr mÃ¶glich sei, sodass die Berufsfreiheit betroffen sei.

Â

8

Die KlÃ¤gerin beantragt,
das Urteil des Landessozialgerichts Hamburg vom 24.Â SeptemberÂ 2019 zu Ã¤ndern und die Berufung der Beklagten gegen das Urteil des Sozialgerichts Hamburg vom 11.Â JanuarÂ 2018 insgesamt zurÃ¼ckzuweisen.

Â

9

Die Beklagte beantragt,
die Revision der KlÃ¤gerin zurÃ¼ckzuweisen.

Â

10

Sie hÃ¤lt die angefochtene Entscheidung fÃ¼r zutreffend.

Â

11

Die Beigeladenen haben keinen Antrag gestellt.

Â

II

Â

12

Die zulÃ¤ssige Revision der KlÃ¤gerin ist unbegrÃ¼ndet *(*Â§Â 170 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGG*)*. Das LSG hat zu Recht festgestellt, dass die KlÃ¤gerin in ihren EinzeleinsÃ¤tzen fÃ¼r die Beigeladene der Versicherungspflicht in der GKV, GRV und sPV sowie nach dem Recht der ArbeitsfÃ¶rderung unterlag. Insoweit ist der Bescheid vom 9.10.2013 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 17.3.2014 *(*Â§ 95 SGG*)* rechtmÃ¤Ãig und verletzt die KlÃ¤gerin nicht in ihren Rechten.

Â

13

Die KlÃ¤gerin kann sich gegenÃ¼ber der Beklagten nicht auf die im Bescheid vom 21.3.2013 enthaltene Feststellung der Versicherungsfreiheit in der Rentenversicherung aufgrund selbststÃ¤ndiger TÃ¤tigkeit berufen *(A)*. Ein BeschÃ¤ftigungsverhÃ¤ltnis zwischen der KlÃ¤gerin und der Beigeladenen ist nicht schon deshalb anzunehmen, weil es sich bei der Vermittlung der Firma C um unerlaubte ArbeitnehmerÃ¼berlassung handeln wÃ¼rde *(B)*. Das LSG ist mit Â§Â 7 SGBÂ IV und den durch die Rechtsprechung des BSG hierzu aufgestellten GrundsÃ¤tzen vom richtigen BeurteilungsmaÃstab ausgegangen *(C)* und hat eine zutreffende GesamtwÃ¼rdigung vorgenommen *(D).* Die Versicherungspflicht wird weder durch bundesgesetzliche *(E)* noch grundgesetzliche Vorschriften *(F)* ausgeschlossen.

Â

14

A.Â Der Statusfeststellung der Beklagten steht der Bescheid der DRV Nord vom 21.3.2013 nicht entgegen. Die Feststellung des (Nichtâ) Bestehens einer Versicherungspflicht in der Rentenversicherung der SelbststÃ¤ndigen nach Â§Â 2 SGBÂ VI, die zusÃ¤tzlich zur Annahme von SelbststÃ¤ndigkeit das Vorliegen weiterer Tatbestandsmerkmale *(vgl* Â§Â 2 SatzÂ 1 NrÂ 1 bisÂ 9 SGBÂ VI*)* voraussetzt, unterscheidet sich von dem PrÃ¼fungsâ und Regelungsgegenstand des âÂ allein in der ZustÃ¤ndigkeit der DRV Bund liegendenÂ â Statusfeststellungsverfahrens nach Â§Â 7a AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ IV *(vgl BSG Urteil vom 30.10.2013 âÂ* BÂ 12Â KR 17/11Â R*Â â juris RdNrÂ 21 mwN; BSG Beschluss vom 4.9.2013 âÂ* BÂ 12Â KR 87/12Â B*Â â SozR 4â2400 Â§Â 7 NrÂ 20 RdNrÂ 7)*. Eine Bindungswirkung hinsichtlich des bloÃen BegrÃ¼ndungselements der SelbststÃ¤ndigkeit tritt nicht ein *(vgl entsprechend zu* Â§Â 7a SGBÂ IV *BSG Urteil vom 26.2.2019 âÂ* BÂ 12Â R 8/18Â R*Â â juris RdNrÂ 21 mwN)*. UnabhÃ¤ngig davon bezieht sich das Statusfeststellungsverfahren stets auf eine konkrete TÃ¤tigkeit fÃ¼r eine bestimmte Auftraggeberin oder einen

bestimmten Auftraggeber. Ob sich die KlÃ¤gerin Ã¼berhaupt auf Vertrauensschutz berufen kÃ¶nnte, kann offenbleiben, weil die Feststellung nach Â§Â 2 SGBÂ VI im Bescheid vom 21.3.2013 ersichtlich nicht denselben Sachverhalt betrifft. Die hier konkret zu beurteilende TÃ¤tigkeit bei der Beigeladenen wurde erst am 4.6.2013 aufgenommen. Aus diesem Grund kann hier auch dahinstehen, ob ein anhÃ¤ngiges oder abgeschlossenes Verfahren nach Â§Â 2 SGBÂ VI zu einer Sperrwirkung iS des Â§Â 7a AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ VI fÃ¼hren kann *(so Pietrek in Schlegel/Voelzke, jurisPKâ□□SGBÂ VI, 3.Â Aufl 2021, Â§Â 2 RdNrÂ 87 â□□Â Stand 1.4.2021 und ders in Schlegel/Voelzke, jurisPKâ□□SGBÂ IV, 3.Â Aufl 2016, Â§Â 7a RdNrÂ 80.1Â â□□ Stand 15.12.2020)*.

Â

15

B.Â Zutreffend ist das LSG zu dem Ergebnis gekommen, dass nicht bereits wegen unerlaubter ArbeitnehmerÃ¼berlassung durch die Firma C ein fingiertes ArbeitsverhÃ¤ltnis zwischen der KlÃ¤gerin und der Beigeladenen nach Â§Â 10 AbsÂ 1 SatzÂ 1 TeilsatzÂ 1 AÃ□G *(idF des Gesetzes vom 28.4.2011,* BGBlÂ I 642 *â□□Â aFÂ â□□)* anzunehmen ist *(vgl BSG Urteil vom 7.6.2019 â□□Â* BÂ 12Â R 6/18Â R *Â â□□* BSGE 128, 205 *=Â SozR 4â□□2400 Â§Â 7 NrÂ 44, RdNrÂ 12)*. Denn eine ArbeitnehmerÃ¼berlassung iS des Â§Â 1 AbsÂ 1 SatzÂ 1 AÃ□G aF lag nicht vor. Eine solche setzt einen Verleiher voraus, der Dritten (Entleihern) Arbeitnehmer (Leiharbeitnehmer) im Rahmen seiner wirtschaftlichen TÃ¤tigkeit zur Arbeitsleistung Ã¼berlÃ¤sst. Die KlÃ¤gerin wurde aber nicht als Arbeitnehmerin der Firma C leihweise an die Beigeladene Ã¼berlassen. Vielmehr wurden die Hauptleistungspflichten im VerhÃ¤ltnis zwischen der KlÃ¤gerin und der Beigeladenen direkt vereinbart. Die Firma C Ã¼bernahm durch Herstellen des Kontakts, AusfÃ¼llen des Vertragsformulars sowie Erstellen der Rechnungen nur einzelne Hilfeleistungen im Rahmen der Abwicklung.

Â

16

C.Â Im streitigen Zeitraum unterlagen Personen, die gegen Arbeitsentgelt beschÃ¤ftigt waren, der Versicherungspflicht in der GKV, GRV und sPV sowie nach dem Recht der ArbeitsfÃ¶rderung *(*Â§Â 5 AbsÂ 1 NrÂ 1 SGBÂ V*,* Â§Â 1 SatzÂ 1 NrÂ 1 SGBÂ VI*,* Â§Â 20 AbsÂ 1 SatzÂ 2 NrÂ 1 SGBÂ XI *und* Â§Â 25 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ III *)*.

Â

17

1.Â BeschÃ¤ftigung ist gemÃ¤Ã□ Â§Â 7 AbsÂ 1 SGBÂ IV die nichtselbststÃ¤ndige Arbeit, insbesondere in einem ArbeitsverhÃ¤ltnis *(SatzÂ 1)*. Anhaltspunkte fÃ¼r eine BeschÃ¤ftigung sind eine TÃ¤tigkeit nach Weisungen und eine Eingliederung in

die Arbeitsorganisation des Weisungsgebers *(SatzÂ 2)*. Nach der stÃ¤ndigen Rechtsprechung des BSG setzt eine abhÃ¤ngige BeschÃ¤ftigung voraus, dass der Arbeitnehmer vom Arbeitgeber persÃ¶nlich abhÃ¤ngig ist. Bei einer BeschÃ¤ftigung in einem fremden Betrieb ist dies der Fall, wenn der BeschÃ¤ftigte in den Betrieb eingegliedert ist und dabei einem Zeit, Dauer, Ort und Art der AusfÃ¼hrung umfassenden Weisungsrecht des Arbeitgebers unterliegt. Diese Weisungsgebundenheit kann â□□Â vornehmlich bei Diensten hÃ¶herer ArtÂ â□□ eingeschrÃ¤nkt und zur â□□funktionsgerecht dienenden Teilhabe am Arbeitsprozessâ□□ verfeinert sein. DemgegenÃ¼ber ist eine selbststÃ¤ndige TÃ¤tigkeit vornehmlich durch das eigene Unternehmerrisiko, das Vorhandensein einer eigenen BetriebsstÃ¤tte, die VerfÃ¼gungsmÃ¶glichkeit Ã¼ber die eigene Arbeitskraft und die im Wesentlichen frei gestaltete TÃ¤tigkeit und Arbeitszeit gekennzeichnet. Ob jemand beschÃ¤ftigt oder selbststÃ¤ndig tÃ¤tig ist, richtet sich danach, welche UmstÃ¤nde das Gesamtbild der Arbeitsleistung prÃ¤gen und hÃ¤ngt davon ab, welche Merkmale Ã¼berwiegen. Die Zuordnung einer TÃ¤tigkeit nach deren Gesamtbild zum rechtlichen Typus der BeschÃ¤ftigung oder selbststÃ¤ndigen TÃ¤tigkeit setzt voraus, dass alle nach Lage des Einzelfalls als Indizien in Betracht kommenden UmstÃ¤nde festgestellt, in ihrer Tragweite zutreffend erkannt und gewichtet, in die Gesamtschau mit diesem Gewicht eingestellt und nachvollziehbar, dh den Gesetzen der Logik entsprechend und widerspruchsfrei gegeneinander abgewogen werden.

Â

18

2.Â Bei der Statusbeurteilung ist regelmÃ¤Ã□ig vom Inhalt der zwischen den Beteiligten getroffenen Vereinbarungen auszugehen, den die Verwaltung und die Gerichte konkret festzustellen haben. Liegen schriftliche Vereinbarungen vor, so ist neben deren Vereinbarkeit mit zwingendem Recht auch zu prÃ¼fen, ob mÃ¼ndliche oder konkludente Ã□nderungen erfolgt sind. SchlieÃ□lich ist auch die Ernsthaftigkeit der dokumentierten Vereinbarungen zu prÃ¼fen. Erst auf der Grundlage der so getroffenen Feststellungen Ã¼ber den (wahren) Inhalt der Vereinbarungen ist eine wertende Zuordnung des RechtsverhÃ¤ltnisses zum Typus der BeschÃ¤ftigung oder selbststÃ¤ndigen TÃ¤tigkeit vorzunehmen *(stRspr; vgl zum Ganzen BSG Urteil vom 7.6.2019 â□□Â BÂ 12Â R 6/18Â RÂ â□□ BSGEÂ 128, 205 =Â SozR 4â□□2400 Â§Â 7 NrÂ 44, RdNrÂ 13Â f mwN)*. Diese wertende Zuordnung kann nicht mit bindender Wirkung fÃ¼r die Sozialversicherung durch die Vertragsparteien vorgegeben werden, indem sie zB vereinbaren, eine selbststÃ¤ndige TÃ¤tigkeit zu wollen. Denn der besondere Schutzzweck der Sozialversicherung schlieÃ□t es aus, dass Ã¼ber die rechtliche Einordnung einer Person â□□Â als selbststÃ¤ndig oder beschÃ¤ftigtÂ â□□ allein die VertragsschlieÃ□enden entscheiden. Ã□ber zwingende Normen kann nicht im Wege der Privatautonomie verfÃ¼gt werden. Vielmehr kommt es entscheidend auf die tatsÃ¤chliche Ausgestaltung und DurchfÃ¼hrung der VertragsverhÃ¤ltnisse an *(vgl BSG Urteil vom 4.6.2019 â□□Â BÂ 12Â R 11/18Â RÂ â□□ BSGE 128, 191 =Â SozR 4â□□2400 Â§Â 7 NrÂ 42, RdNrÂ 24; BSG Urteil vom 29.1.1981 â□□Â 12Â RK 63/79 Â â□□ BSGE 51, 164 =Â SozR 2400 Â§Â 2 NrÂ 16 =Â juris RdNrÂ 24).*

Â

19

3.Â Bei Vertragsgestaltungen, in denen â□□Â wie hierÂ â□□ die Ã□bernahme einzelner Dienste individuell vereinbart wird und insbesondere kein DauerschuldverhÃ¤ltnis mit Leistungen auf Abruf vorliegt, ist fÃ¼r die Frage der Versicherungspflicht allein auf die VerhÃ¤ltnisse abzustellen, die wÃ¤hrend der AusfÃ¼hrung der jeweiligen EinzelauftrÃ¤ge bestehen. AuÃ□erhalb der EinzeleinsÃ¤tze liegt schon deshalb keine die Versicherungspflicht begrÃ¼ndende â□□entgeltlicheâ□□ BeschÃ¤ftigung iSÂ des Â§Â 7 AbsÂ 1 SGBÂ IV vor, weil keine latente Verpflichtung der KlÃ¤gerin bestand, TÃ¤tigkeiten fÃ¼r die Beigeladene auszuÃ¼ben, und diese umgekehrt auch kein Entgelt zu leisten hatte *(vgl BSG Urteil vom 4.6.2019 â□□Â BÂ 12Â R 11/18Â RÂ â□□ BSGE 128, 191 =Â SozR 4â□□2400 Â§Â 7 NrÂ 42, RdNrÂ 21 mwN; BSG Urteil vom 18.11.2015 â□□Â BÂ 12Â KR 16/13Â RÂ â□□ BSGE 120, 99 =Â SozR 4â□□2400 Â§Â 7 NrÂ 25, RdNrÂ 19 mwN)*.

Â

20

D.Â Unter Zugrundelegung dieser MaÃ□stÃ¤be und ausgehend von seinen Feststellungen *(*Â§Â 163 SGG*)* ist das LSG zu Recht zu dem Ergebnis gekommen, dass nach dem Gesamtbild der TÃ¤tigkeit die Indizien fÃ¼r eine abhÃ¤ngige BeschÃ¤ftigung der KlÃ¤gerin Ã¼berwiegen.

Â

21

1.Â Dass die KlÃ¤gerin und die Beigeladene eine selbststÃ¤ndige TÃ¤tigkeit vereinbaren wollten, indem sie bestimmten, dass die KlÃ¤gerin als â□□Freiberuflerâ□□ tÃ¤tig sei, ist â□□Â wie dargestelltÂ â□□ sozialversicherungsrechtlich nicht ausschlaggebend.

Â

22

2.Â Das LSG hat auf der Grundlage der vorliegenden Vereinbarungen zutreffend allein auf die jeweiligen EinzeleinsÃ¤tze der KlÃ¤gerin abgestellt und deren Umfang ermittelt. Die KlÃ¤gerin hatte keine Verpflichtung, eine konkrete Anzahl von Diensten zu Ã¼bernehmen, sondern konnte frei und unabhÃ¤ngig entscheiden, welches Angebot der Beigeladenen sie annahm. Erst durch die jeweilige Zusage entstand die rechtliche Verpflichtung, die geschuldeten TÃ¤tigkeiten vereinbarungsgemÃ¤Ã□ zu leisten.

Â

23

Ob die Feststellungen zu den EinzeleinsÃ¤tzen auch die AbÃ¤nderung der Verwaltungsentscheidung im Sinne einer Begrenzung auf kalendarisch bestimmte ZeitrÃ¤ume erforderte, kann hier dahinstehen. Insoweit ist das Urteil des LSG in Rechtskraft erwachsen, da die Beklagte keine Revision eingelegt hat. GrundsÃ¤tzlich hÃ¤lt der Senat eine Feststellung im Statusfeststellungsverfahren schon dann fÃ¼r hinreichend bestimmt *(Â§Â 33 AbsÂ 1 SGBÂ X)*, wenn sie ausreichend erkennen lÃ¤sst, dass sie sich auf die DurchfÃ¼hrung von EinzelauftrÃ¤gen zwischen den Beteiligten â□□Â beginnend mit dem ersten TÃ¤tigwerdenÂ â□□ unter gleichbleibenden Bedingungen bezieht und kein DauerschuldverhÃ¤ltnis vorliegt *(vgl BSG Urteil vom 19.10.2021 â□□Â BÂ 12Â KR 29/19Â RÂ â□□ zur VerÃ¶ffentlichung in SozR vorgesehen)*. Entsprechendes gilt fÃ¼r das Gerichtsverfahren.

Â

24

3.Â MaÃgebend fÃ¼r das Vorliegen von abhÃ¤ngiger BeschÃ¤ftigung ist, dass die KlÃ¤gerin einem Weisungsrecht der Beigeladenen unterlag und in einer ihre TÃ¤tigkeit prÃ¤genden Weise in deren Betriebsablauf eingegliedert war. Die in Â§Â 7 AbsÂ 1 SatzÂ 2 SGBÂ IV genannten Anhaltspunkte der Weisungsgebundenheit und der Eingliederung stehen weder in einem RangverhÃ¤ltnis zueinander noch mÃ¼ssen sie stets kumulativ vorliegen.

Â

25

a)Â Auch wenn ambulante PflegekrÃ¤fte wie die KlÃ¤gerin grundsÃ¤tzlich weitgehend eigenverantwortlich arbeiten und in gewissem Umfang flexibel auf WÃ¼nsche und BedÃ¼rfnisse der zu pflegenden Personen reagieren kÃ¶nnen, kann hieraus nicht ohne Weiteres auf eine selbststÃ¤ndige TÃ¤tigkeit geschlossen werden *(ebenso BSG Urteil vom 7.6.2019 â□□Â BÂ 12Â R 6/18Â RÂ â□□ BSGEÂ 128, 205 =Â SozR 4â□□2400 Â§Â 7 NrÂ 44, RdNrÂ 24 zur vergleichbaren Situation in der stationÃ¤ren Pflege)*. Insbesondere bei Hochqualifizierten oder Spezialisten (sog Diensten hÃ¶herer Art) kann das Weisungsrecht aufs StÃ¤rkste eingeschrÃ¤nkt sein. Dennoch kann die Dienstleistung in solchen FÃ¤llen fremdbestimmt sein, wenn sie ihr GeprÃ¤ge von der Ordnung des Betriebes erhÃ¤lt, in deren Dienst die Arbeit verrichtet wird. Die Weisungsgebundenheit des Arbeitnehmers verfeinert sich in solchen FÃ¤llen â□□zur funktionsgerechten, dienenden Teilhabe am Arbeitsprozessâ□□. Diese GrundsÃ¤tze kommen auch auf ausgebildete FachkrÃ¤fte in verantwortungsvollen und von Eigenverantwortlichkeit geprÃ¤gten TÃ¤tigkeiten wie der Pflege zur Anwendung *(BSG Urteil vom 7.6.2019 â□□Â BÂ 12Â R 6/18Â R Â â□□ BSGE 128, 205 =Â SozR 4â□□2400 Â§Â 7 NrÂ 44, RdNrÂ 28 mwN)*.

Ausschlaggebend sind die UmstÃ¤nde des Einzelfalls.

Â

26

Die Weisungsgebundenheit der KlÃ¤gerin war bei der DurchfÃ¼hrung der ambulanten Pflege nicht vÃ¶llig entfallen. Inhalt, DurchfÃ¼hrung, Dauer und Dokumentation der von der KlÃ¤gerin geschuldeten fachgerechten Pflege bedurften der nÃ¤heren Konkretisierung. Denn die KlÃ¤gerin musste ihre Arbeitsleistung im Wesentlichen nach MaÃgabe der Pflegeplanung und im arbeitsteiligen Zusammenwirken mit den anderen Mitarbeitern erbringen.

Â

27

Sie war insbesondere Ã¼ber den Dienstplan in die ArbeitsablÃ¤ufe des Pflegedienstes in âfunktionsgerecht dienender Teilhabeâ eingegliedert. Zwar wurde sie erst nach Auftragsannahme Teil des von der Beigeladenen aufgestellten Dienstplans. Dann war sie jedoch an diesen ebenso gebunden wie die bei der Beigeladenen beschÃ¤ftigten PflegekrÃ¤fte, an deren Schichten und TÃ¤tigkeiten sie anknÃ¼pfte. Sie wurde zum âTeil einer Ketteâ von Pflegepersonen. So stimmte sich die KlÃ¤gerin zum Schichtwechsel mit der Ã¼bergebenden bzw Ã¼bernehmenden Pflegekraft ab. Sie vermerkte Medikamentengabe, Vitalwerte und etwaige besondere Vorkommnisse in dem Dokumentationssystem der Beigeladenen, zu dessen Nutzung sie verpflichtet war. TatsÃ¤chlich mag es dabei nie zu einem persÃ¶nlichen Kontakt zwischen der verantwortlichen Pflegefachkraft der Beigeladenen und der KlÃ¤gerin gekommen sein, wie das LSG festgestellt hat. Die MÃ¶glichkeit konkreter Einzelweisungen war nach der im Ausgangspunkt maÃgeblichen Vertragslage aber auch nicht ausgeschlossen.

Â

28

Auch der Ã¼brige organisatorische Rahmen vom Erstkontakt Ã¼ber die ZurverfÃ¼gungstellung einer Wohnung bis zur Archivierung der Pflegedokumentation lag im Wesentlichen in der Hand der Beigeladenen. Dass die KlÃ¤gerin in den Pflegedienstbetrieb der Beigeladenen eingegliedert war, zeigt sich insbesondere auch am VergÃ¼tungsmodell. Denn eine unmittelbare Abrechnung zwischen der KlÃ¤gerin und dem Patienten bzw den KostentrÃ¤gern fand nicht statt. Die KlÃ¤gerin stellte ihre Rechnungen âÂ mithilfe von CÂ â an die Beigeladene. Diese bezahlte die KlÃ¤gerin, wiederum vermittelt Ã¼ber C und nach Abzug der vereinbarten Provision.

Â

29

Dass die KlÃ¤gerin â□□Â anders als stationÃ¤re PflegekrÃ¤fteÂ â□□ nicht in der BetriebsstÃ¤tte des Pflegeheims tÃ¤tig wurde, sondern im Rahmen ihrer ambulanten TÃ¤tigkeit Hausbesuche wahrnahm, widerlegt nicht ihre Eingliederung. Denn darauf, dass der Betroffene eine TÃ¤tigkeit in einer konkreten BetriebsstÃ¤tte eines Arbeitgebers ausÃ¼bt, kommt es fÃ¼r die Bejahung von BeschÃ¤ftigung nicht an, solange die zu beurteilende TÃ¤tigkeit insgesamt im Wesentlichen fremdbestimmt organisiert wird *(vgl BSG Urteil vom 24.3.2016 â□□Â BÂ 12Â KR 20/14Â RÂ â□□ SozR 4â□□2400 Â§Â 7 NrÂ 29 RdNrÂ 23)*.

Â

30

b)Â Dass die Eingliederung in den ambulanten Pflegedienst regulatorischen Rahmenbedingungen entspricht, ist bei der GesamtabwÃ¤gung der Indizien mit besonderem Gewicht zu wÃ¼rdigen. Nach Â§Â 71 AbsÂ 1 SGBÂ XI muss bei ambulanten Pflegediensten â□□Â wie nach Â§Â 71 AbsÂ 2 NrÂ 1 SGBÂ XI bei stationÃ¤ren PflegeheimenÂ â□□ die Pflege unter stÃ¤ndiger Verantwortung einer Pflegefachkraft stehen. Dies bedeutet, dass eine entsprechend qualifizierte Pflegefachkraft die Gesamtverantwortung fÃ¼r die pflegerische Versorgung tragen und auch wirksam wahrnehmen kÃ¶nnen muss. Das ist der Fall, wenn die verantwortliche Pflegefachkraft die Pflegeleistungen fÃ¼r jeden betreuten PflegebedÃ¼rftigen zumindest in den GrundzÃ¼gen selbst festlegt, ihre DurchfÃ¼hrung organisiert und ihre Umsetzung angemessen kontrolliert. Notwendig ist eine Steuerung, Anleitung, Koordination und Kontrolle der Pflegeleistungen auf der Grundlage eines in jedem Einzelfall gesondert zu erhebenden Bedarfs. Diese pflegerische Gesamtverantwortung muss von der Pflegefachkraft stÃ¤ndig wahrgenommen werden *(vgl BSG Urteil vom 7.6.2019 â□□Â BÂ 12Â R 6/18Â RÂ â□□ BSGE 128, 205 =Â SozR 4â□□2400 Â§Â 7 NrÂ 44, RdNrÂ 26 mwN; BSG Urteil vom 22.4.2009 â□□Â BÂ 3Â P 14/07Â RÂ â□□ BSGE 103, 78 =Â SozR 4â□□3330 Â§Â 71 NrÂ 1, RdNrÂ 15, 19)*. Ebenso wie in Pflegeheimen sollen auch bei (grÃ¶Ã□eren) ambulanten Pflegediensten die Aufgaben der Pflegeleitung nach Â§Â 71 AbsÂ 1 SGBÂ XI grundsÃ¤tzlich bei â□□einerâ□□ Kraft gebÃ¼ndelt sein *(vgl BSG Urteil vom 22.4.2009 â□□Â BÂ 3Â P 14/07Â RÂ â□□ BSGE 103, 78 =Â SozR 4â□□3330 Â§Â 71 NrÂ 1, RdNrÂ 22).* Hier trug nach den tatsÃ¤chlichen UmstÃ¤nden die Beigeladene die Gesamtverantwortung fÃ¼r die Rundâ□□umâ□□dieâ□□Uhrâ□□Pflege des Wachkomapatienten. Sie stellte die Koordination der PflegekrÃ¤fte, die GrundzÃ¼ge der Pflege sowie die Kontrolle der Pflegeleistungen durch die Pflegedokumentation sicher. Dadurch sorgte sie fÃ¼r eine den gesetzlichen und vertraglichen Anforderungen genÃ¼gende Umsetzung der PflegeansprÃ¼che.

Â

31

Es ist unerheblich, ob der PflegebedÃ¼rftige gesetzlich oder â□□Â wie hierÂ â□□ privat pflegeversichert ist, weil die jeweiligen Vertragsleistungen nach Art und Umfang den Leistungen des Vierten Kapitels des SGBÂ XI gleichwertig sein mÃ¼ssen *(Â§Â 23 AbsÂ 1 SatzÂ 2 SGB XI)*; zu diesen Leistungen zÃ¤hlt insbesondere auch die hÃ¤usliche Pflegehilfe *(Â§Â 36 SGBÂ XI)*. Dass ua die pflegerische Gesamtverantwortung zu den verbindlichen QualitÃ¤tsmaÃ□stÃ¤ben sowohl der gesetzlichen wie der privaten Pflegekassen in der ambulanten Pflege gehÃ¶rt, ergibt sich insbesondere auch aus Â§Â 113 AbsÂ 1 SatzÂ 1 undÂ 3 SGBÂ XI *(hier idF des Gesetzes zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung vom 23.10.2012, BGBlÂ I 2246)* iVm den auf dieser Grundlage ergangenen Vereinbarungen der Pflegeselbstverwaltung auf Bundesebene *(vgl hier NrÂ 3.1.2 MaÃ□stÃ¤be und GrundsÃ¤tze fÃ¼r die QualitÃ¤t und QualitÃ¤tssicherung sowie fÃ¼r die Entwicklung eines einrichtungsinternen QualitÃ¤tsmanagements nach Â§Â 113 SGBÂ XI in der ambulanten Pflege vom 27.5.2011 â□□Â MuGÂ â□□, BAnz 2011 SÂ 2573)*. Danach bleibt die Verantwortung fÃ¼r die Leistungen und die QualitÃ¤t bei dem auftraggebenden ambulanten Pflegedienst auch bestehen, soweit er mit anderen pflegerischen Diensten kooperiert und deren Leistungen in Anspruch nimmt *(NrÂ 3.1.7 MuG)*.

Â

32

Ob die Wahrnehmung der pflegerischen Gesamtverantwortung durch die verantwortliche Pflegefachkraft des ambulanten Pflegedienstes stets ein weisungsgebundenes BeschÃ¤ftigungsverhÃ¤ltnis zwischen diesem und einzelnen PflegekrÃ¤ften voraussetzt *(so fÃ¼r Leistungen der hÃ¤uslichen Pflegehilfe BSG Beschluss vom 17.3.2015 â□□Â BÂ 3Â P 1/15Â SÂ uaÂ â□□ juris RdNrÂ 11; Wahl in Schlegel/Voelzke, jurisPKâ□□SGBÂ XI, 2.Â AuflÂ 2017, Â§Â 71 RdNrÂ 16; Schmidt in Kasseler Komm, Stand Juli 2020, Â§Â 71 SGBÂ XI RdNrÂ 15; kritisch Weber/Philipp, NZSÂ 2016, 931Â ff)* kann dahinstehen *(vgl bereits BSG Urteil vom 7.6.2019 â□□Â BÂ 12Â R 6/18 RÂ â□□ BSGE 128, 205 =Â SozR 4â□□2400 Â§Â 7 NrÂ 44, RdNrÂ 26 mwN).* Jedenfalls bedingen die damit verbundenen QualitÃ¤tsanforderungen einen hohen Organisationsgrad, der fÃ¼r den Regelfall die Eingliederung von PflegefachkrÃ¤ften in die Organisations- und Weisungsstruktur des ambulanten Pflegedienstes ebenso nahelegt, wie es der Senat bereits fÃ¼r stationÃ¤re Pflegeeinrichtungen entschieden hat *(BSG Urteil vom 7.6.2019 â□□Â BÂ 12Â R 6/18Â RÂ â□□ BSGEÂ 128, 205 =Â SozR 4â□□2400 Â§Â 7 NrÂ 44, RdNrÂ 26)*.

Â

33

c)Â Dass eine enge Abstimmung innerhalb der Pflegekette fachlich notwendig und regulatorisch vorgegeben ist, fÃ¼hrt entgegen der Auffassung der KlÃ¤gerin nicht dazu, dass dieser Aspekt bei der sozialversicherungsrechtlichen Bewertung auÃ□er Acht zu lassen ist. Ebenso wenig spricht gegen eine Eingliederung, dass sich der

jeweilige Betreuungsbedarf aus der â□□Natur der Sacheâ□□ ergibt. Denn fÃ¼r die Frage, ob eine abhÃ¤ngige BeschÃ¤ftigung vorliegt, sind stets die konkreten UmstÃ¤nde des individuellen Sachverhalts maÃ□gebend. Bei der gebotenen GesamtabwÃ¤gung sind sÃ¤mtliche, auch solche UmstÃ¤nde zu berÃ¼cksichtigen, die einer TÃ¤tigkeit ihrer Eigenart nach immanent, durch gesetzliche Vorschriften oder eine Ã¶ffentlichâ□□rechtliche Aufgabenwahrnehmung bedingt sind oder auf sonstige Weise â□□in der Natur der Sacheâ□□ liegen. Ihnen ist nach der Senatsrechtsprechung zwar nicht zwingend eine entscheidende Indizwirkung fÃ¼r eine abhÃ¤ngige BeschÃ¤ftigung beizumessen; umgekehrt ist eine abhÃ¤ngige BeschÃ¤ftigung aber auch nicht allein deshalb ausgeschlossen, weil sich bestimmte Weisungsrechte oder Vorgaben aus der Eigenart der TÃ¤tigkeit ergeben oder ihr innewohnen. Indizwirkung gegen eine BeschÃ¤ftigung und fÃ¼r eine selbststÃ¤ndige TÃ¤tigkeit besteht vielmehr dann, wenn bei Verrichtung der TÃ¤tigkeit eine Weisungsfreiheit verbleibt, die sie insgesamt als eine unternehmerische kennzeichnet. Denn ob und inwieweit einzelne UmstÃ¤nde einer TÃ¤tigkeit â□□ihrer Natur nachâ□□ immanent sind, hÃ¤ngt wesentlich mit der zu beurteilenden TÃ¤tigkeit und ihrer konkreten Ausgestaltung zusammen. Je enger der Ã¼bertragene TÃ¤tigkeitsbereich abgesteckt ist, weil der Auftrag- oder Arbeitgeber nicht auf eigene GestaltungsmÃ¶glichkeiten verzichtet, desto weniger Spielraum kann der Ã¼bertragenen TÃ¤tigkeit noch immanent sein. So ist in der Regel auch die strikte Weisungsunterworfenheit klassischer â□□Fabrikarbeiterâ□□ der Eigenart ihrer TÃ¤tigkeit geschuldet. Gerade dies begrÃ¼ndet aber ihre Sozialversicherungspflicht und stellt sie nicht infrage *(BSG Urteil vom 27.4.2021 â□□Â* BÂ 12Â R 16/19Â R*Â â□□ juris RdNrÂ 15Â f mwN, zur VerÃ¶ffentlichung in SozRÂ 4 vorgesehen)*.

Â

34

Umgekehrt kÃ¶nnen zwar auch UmstÃ¤nde â□□aus der Natur der Sacheâ□□ fÃ¼r eine selbststÃ¤ndige TÃ¤tigkeit sprechen. Hier stÃ¼tzen sie allerdings die Bewertung als abhÃ¤ngige BeschÃ¤ftigung der KlÃ¤gerin bei der Beigeladenen. Die KlÃ¤gerin hat â□□Â nicht anders als bei der Beigeladenen angestellte PflegekrÃ¤fteÂ â□□ ihre Arbeitskraft im Rahmen der vorstehend dargelegten Betriebsstruktur eingebracht. Sie hatte innerhalb der betrieblich vorgegebenen Ordnung â□□Â verglichen mit angestellten PflegekrÃ¤ftenÂ â□□ keine ins Gewicht fallende Freiheit hinsichtlich Gestaltung und Umfang der Arbeitsleistung innerhalb der einzelnen Dienste.

Â

35

d)Â Das LSG hat demgegenÃ¼ber keine fÃ¼r SelbststÃ¤ndigkeit sprechenden Anhaltspunkte festgestellt, die vor dem Hintergrund der regulatorischen Rahmenbedingungen ausnahmsweise *(vgl BSG Urteil vom 7.6.2019 â□□Â* BÂ 12Â R 6/18Â R*Â â□□* BSGEÂ 128, 205 *=Â SozR 4â□□2400 Â§Â 7 NrÂ 44, RdNrÂ 26)* ein

derartiges Gewicht hÃ¤tten, dass sie die Weisungsgebundenheit und Eingliederung der KlÃ¤gerin auch nur annÃ¤hernd hÃ¤tten aufâ□□ oder Ã¼berwiegen kÃ¶nnen.

Â

36

aa)Â Insbesondere war sie nicht einem nennenswerten Unternehmerrisiko ausgesetzt. Sie erhielt einen festen Lohn fÃ¼r geleistete Arbeitsstunden. FÃ¼r sie bestand auch nicht die Chance, durch unternehmerisches Geschick ihre Arbeit so effizient zu gestalten, dass sie das VerhÃ¤ltnis von Aufwand und Ertrag zu ihren Gunsten entscheidend hÃ¤tte beeinflussen kÃ¶nnen. Sie erhielt fÃ¼r ihre Arbeit ein fest definiertes Honorar nebst kostenloser Unterbringung. Da es lediglich auf eine Betrachtung der konkreten TÃ¤tigkeit ankommt, ist das Risiko der KlÃ¤gerin, von der Beigeladenen keine weiteren FolgeauftrÃ¤ge zu erhalten, fÃ¼r die Frage ihres Status in der konkreten TÃ¤tigkeit irrelevant. Denn aus dem (allgemeinen) Risiko, auÃ□erhalb der Erledigung einzelner AuftrÃ¤ge zeitweise die eigene Arbeitskraft ggf nicht verwerten zu kÃ¶nnen, folgt kein Unternehmerrisiko bezÃ¼glich der einzelnen EinsÃ¤tze *(vgl BSG Urteil vom 18.11.2015 â□□Â* BÂ 12Â KR 16/13Â RÂ *â□□* BSGE 120, 99 *=Â SozR 4â□□2400 Â§Â 7 NrÂ 25, RdNrÂ 36 mwN)*.

Â

37

bb)Â Die KlÃ¤gerin setzte zudem lediglich in geringem Umfang eigene Arbeitsmittel ein. Die erforderlichen Pflegehilfsmittel wurden vom Patienten oder der Pflegeversicherung bereitgestellt. Auch die Kosten fÃ¼r den Abschluss der von der KlÃ¤gerin angefÃ¼hrten Versicherungen wie insbesondere der Berufshaftpflichtversicherung begrÃ¼nden kein ins Gewicht fallendes Verlustrisiko. Der Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung fÃ¼hrt allein nicht zu einer selbststÃ¤ndigen TÃ¤tigkeit, weil sie fÃ¼r sich genommen die TÃ¤tigkeit nicht entscheidend prÃ¤gt *(vgl BSG Urteil vom 7.6.2019 â□□Â* BÂ 12Â R 6/18Â RÂ *â□□* BSGE 128, 205 *=Â SozR 4â□□2400 Â§Â 7 NrÂ 44, RdNrÂ 31)*. Es spielt auch keine entscheidende Rolle, dass die KlÃ¤gerin eigene Berufsbekleidung sowie ein Schild mit dem Aufdruck â□□Pflege mit Fachwissen und Herz, Inhaberin Bâ□□ trug und insoweit nicht als Pflegekraft der Beigeladenen auftrat. Denn die Wahrnehmung und Bewertung der TÃ¤tigkeit durch Dritte ist fÃ¼r die rechtliche WÃ¼rdigung der Eingliederung ohne Belang *(vgl BSG Urteil vom 28.9.2011 â□□Â* BÂ 12Â R 17/09Â R *Â â□□ juris RdNrÂ 23)*.

Â

38

cc)Â Ob ausreichende Feststellungen dazu vorliegen, dass der KlÃ¤gerin die MÃ¶glichkeit der Delegation der Leistungserbringung an andere (eigene) ArbeitskrÃ¤fte eingerÃ¤umt war, kann dahinstehen. Selbst wenn diese bestanden

hÃ¤tte, wÃ¤re ihr hier kein Ã¼berwiegendes Gewicht fÃ¼r eine selbststÃ¤ndige TÃ¤tigkeit beizumessen. Denn die KlÃ¤gerin hÃ¤tte von der Delegationsbefugnis realistischerweise Ã¼berhaupt nicht Gebrauch machen kÃ¶nnen *(zu diesem Erfordernis vgl BSG Urteil vom 11.3.2009 â□□Â* BÂ 12Â KR 21/07Â R*Â â□□ juris RdNrÂ 17)*, weil sie nach den Feststellungen des LSG im streitigen Zeitraum keine eigenen BeschÃ¤ftigten hatte. Ihren Sohn beschÃ¤ftigte sie erst spÃ¤ter und darÃ¼ber hinaus lediglich als BÃ¼rokraft. Der vereinbarte Stundensatz lieÃ□ nach EinschÃ¤tzung des LSG zudem wenig Spielraum fÃ¼r den Einsatz ausreichend qualifizierter HilfskrÃ¤fte.

Â

39

dd)Â Etwas anderes gilt auch nicht deshalb, weil die KlÃ¤gerin fÃ¼r mehrere Auftraggeber tÃ¤tig war. Eine TÃ¤tigkeit fÃ¼r mehrere Auftraggeber erhÃ¤lt grundsÃ¤tzlich erst in der Zusammenschau mit weiteren typischen Merkmalen einer selbststÃ¤ndigen TÃ¤tigkeit Gewicht, wie zB einem werbenden Auftreten am Markt fÃ¼r die angebotenen Leistungen *(BSG Urteil vom 18.11.2015 â□□Â* BÂ 12Â KR 16/13Â R*Â â□□* BSGE 120, 99 *=Â SozR 4â□□2400 Â§Â 7 NrÂ 25, RdNrÂ 28)*. Die KlÃ¤gerin trat zwar am Markt auf, indem sie Personalvermittler, Flyer und Visitenkarten nutzte. Dies ist fÃ¼r die Einordnung hier jedoch nicht ausschlaggebend. Eine TÃ¤tigkeit fÃ¼r andere Auftraggeber kann insbesondere dann ein Indiz fÃ¼r eine erhebliche Dispositionsfreiheit in Bezug auf die zu beurteilende TÃ¤tigkeit sein, wenn sie in relevantem Umfang oder sogar schwerpunktmÃ¤Ã□ig stattfindet, weil sie dann die zeitliche VerfÃ¼gbarkeit des Auftragnehmers erheblich einschrÃ¤nkt *(BSG Urteil vom 4.9.2018 â□□Â* BÂ 12Â KR 11/17Â R*Â â□□* BSGE 126, 235 *=Â SozR 4â□□2400 Â§Â 7a NrÂ 10, RdNrÂ 23)*. Das gilt aber nicht, wenn â□□Â wie hierÂ â□□ die Dispositionsfreiheit des Auftragnehmers schon insoweit berÃ¼cksichtigt wird, als fÃ¼r die Beurteilung auf den jeweiligen Einzelauftrag abgestellt wird *(BSG Urteil vom 7.6.2019 â□□Â* BÂ 12Â R 6/18Â R*Â â□□* BSGE 128, 205 *=Â SozR 4â□□2400 Â§Â 7 NrÂ 44, RdNrÂ 33)*.

Â

40

E.Â Hinweise auf das Vorliegen einer geringfÃ¼gigen BeschÃ¤ftigung *(*Â§Â 8 AbsÂ 1 SGBÂ IV*)*, unstÃ¤ndigen BeschÃ¤ftigung *(*Â§Â 27 AbsÂ 3 NrÂ 1 SGBÂ III*)* oder das Ã□berschreiten der Jahresarbeitsentgeltgrenze *(*Â§Â 6 AbsÂ 1 NrÂ 1 SGBÂ V*)*, die zum Ausschluss der Versicherungspflicht fÃ¼hren kÃ¶nnten, sind weder erkennbar noch geltend gemacht.

Â

41

F.Â Der Schutzbereich des ArtÂ 12 AbsÂ 1 GG wird durch die Annahme eines abhÃ¤ngigen BeschÃ¤ftigungsverhÃ¤ltnisses und der daraus folgenden Sozialversicherungspflicht von vornherein nicht berÃ¼hrt, da der Gesetzgeber insoweit weder die Wahl noch die AusÃ¼bung des Berufs steuert *(BSG Urteil vom 7.6.2019 â□□Â BÂ 12Â R 6/18Â RÂ â□□ BSGEÂ 128, 205 =Â SozR 4â□□2400 Â§Â 7 NrÂ 44, RdNrÂ 38Â f mwN)*.

Â

42

G.Â Die Kostenentscheidung beruht auf Â§Â 193 SGG.

Â

Erstellt am: 19.05.2022

Zuletzt verändert am: 21.12.2024